

**ARGUMENTATIONSHILFE**

# **Lobbyismus**

***DIE LINKE.***

## THEMA

### LOBBYISMUS

Konzerne und Branchenverbände versuchen, über Lobbyarbeit mittelbar oder direkt Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Großzügige Spenden bekommen nur die, die ihre Politik an den Interessen der Konzerne und Banken orientieren. Im Anschluss an ihre Karriere winken ehemaligen Spitzenpolitikern gut bezahlte Vorstandsstellen und Beraterjobs. Wir wollen den Einfluss der Lobby von Konzernen und Banken auf die gesamte Politik zurückdrängen. Gesetze dürfen nicht von denen geschrieben werden, die davon profitieren. Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung und Vorteilsnahme, Intransparenz und Parteiensponsoring dürfen nicht die Politik bestimmen

Unternehmensspenden wollen wir ganz verbieten und Spenden normaler Bürgerinnen und Bürger bei 25.000 Euro im Jahr deckeln. Firmen sollen nicht mehr gegen eine unverhältnismäßige Gebühr Stände bei Parteitagen anmieten dürfen. Abgeordnete sollen ihre Nebenverdienste auf den Cent offenlegen. Beim Bundestag soll es ein Lobbyistenregister geben, in dem die dort angemeldeten Lobbyisten für jeden sichtbar sind. Das größte Problem mit Lobbyismus liegt nicht bei Parteien oder im Parlament, sondern in den Ministerien. Den Einsatz von Firmenvertretern oder ihren Anwälten in den Ministerien wollen wir komplett unterbinden. Diese Praxis der Entsendung von vermeintlichen Experten muss beendet werden.

### Was sagen die anderen?

Die **SPD** will ein Lobbyistenregister und Aufnahme des Sponsoring in die Rechenschaftsberichte der Parteien. **Die Grünen** sind ebenfalls für ein Lobbyistenregister und wollen Spenden an Abgeordnete und Lobbytätigkeit durch Abgeordnete verbieten. Die **FDP** äußert sich dazu nicht. Die **CDU/CSU** hat 2020 zwar ein »Lobbytransparenzregisters« vorgeschlagen, dass aber die Ministerien ausschließt. Sie hatten mit Philipp Amthor und Georg Nüßlein die beiden berüchtigsten Lobbyisten in ihren Reihen. Die **AfD** will nur den »überbordenden Lobbyismus eindämmen«, lässt sich aber wie bei ihrer Wahlkampfzeitung »Deutschland-Kurier« großzügig von Unternehmen finanzieren.

### LINKE Gegenargumente

Seit 2005 haben wir vier Gesetzentwürfe zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters in den Bundestag eingebracht – alle wurden von den jeweiligen Regierungen aus CDU/CSU, SPD und FDP abgelehnt. DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die keine Spenden von Konzernen, Banken, Versicherungen oder Lobbyisten erhält und erhalten will. Dabei bleibt es. Vollständige Transparenz auf Seiten der Politik und der Lobbyisten ist notwendig ebenso wie eine Beschränkung des Lobbyismus – auch wenn damit nicht alle Probleme gelöst werden können.